

Referat anlässlich der Medienkonferenz zur Vorstellung des Berichts zu den Auswirkungen der Personalfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt und die Sozialleistungen / Bern, 24. Juni 2024

«Die EU/EFTA-Zuwanderung schafft in hohem Masse Wohlstand im Land»

Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes

Es gilt das gesprochene Wort

Die Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum ist in hohem Masse arbeitsmarktbezogen und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Schaffung von Wohlstand in der Schweiz. Ein Wohlstand, an den sich viele inzwischen so gewöhnt haben, dass sie manchmal zu vergessen scheinen, dass er nicht gottgegeben ist. Geschaffen wird er nämlich von den unzähligen hochkompetitiven Schweizer Klein-, Mittel- und Grossunternehmen und deren Mitarbeitenden.

Im Vergleich zu Ländern wie Österreich, den Niederlanden, oder Norwegen ist das Beschäftigungswachstum in der Schweiz in hohem Masse von der Zuwanderung abhängig. Ursache dafür ist unter anderem, dass die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials hierzulande stockt. Dies ist zum einen auf die bereits hohen Erwerbstätigenquoten, zum anderen auf ungenügende politische Rahmenbedingungen zurückzuführen. Für den Schweizerischen Arbeitgeberverband ist es unbestritten, dass die nach wie vor vorhandenen Potenziale im Inland prioritär erschlossen werden müssen. Die Realität ist aber auch, dass der Schweizer Arbeitsmarkt trotz aller Bemühungen im Inland, auch künftig auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein wird.

Eine Kernaufgabe jeder Volkswirtschaft ist es, den Arbeitsmarktzugang für möglichst grosse Bevölkerungsschichten mit dafür geeigneten Rahmenbedingungen sicherzustellen. Aufgrund der bereits hohen Erwerbsbeteiligung hierzulande mögen die Kosten dafür teilweise hoch sein. Auf die bisher nicht ausgeschöpften Potenziale zu verzichten, hat jedoch auch einen Preis. Eine [Studie](#) des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes zusammen mit der Konjunkturforschungsstelle und dem BSS Basel zeigt, dass der Preis von offenen Stellen als Folge des akuten Arbeitskräftemangels alles andere als vernachlässigbar ist. So zeigen Schätzungen im Papier, dass allein die übermässig langen Vakanzdauern von Stellenbesetzungen im Nachgang zur Corona-Pandemie die Schweizer Volkswirtschaft gegen 5 Milliarden Schweizer Franken an Wirtschaftsleistung pro Jahr gekostet haben.

Zuwanderung ermöglicht Beschäftigungswachstum und somit Wohlstand

Auguren mögen sich täuschen, selten jedoch bestand so viel Einigkeit wie bei der Prognose zur sich abzeichnende Lücke an Arbeitskräften. Trotz einer verhältnismässig hohen Erwerbsbeteiligung der heimischen Bevölkerung kann die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen in vielen Ländern Europas nicht oder nur ungenügend gedeckt werden. Erfreulicherweise werden Personen aus dem EU/EFTA-Raum in der Schweiz auch im Vergleich mit den meisten anderen europäischen Ländern in hohem Masse für den Arbeitsmarkt und somit zur Schaffung von Wohlstand gewonnen. So ist die Zuwanderung aus EU/EFTA-Ländern für die Schweiz ein eminent wichtiger Wohlstandstreiber.

Letztlich ist es eine politische Frage, ob und wie viel Zuwanderung die hiesige Bevölkerung zu akzeptieren bereit ist. Unredlich ist es jedoch, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu suggerieren, der Wohlstand wäre eine Selbstverständlichkeit – wie es gewisse politische Kreise in der Debatte um die

Zuwanderung unverfroren tun. Fakt ist: Eine tiefere Zuwanderung hat einen Preis, sowohl finanziell als auch in Form einer höheren Unsicherheit.

Zuwanderung als zentraler Pfeiler für kleine, erfolgreiche Volkswirtschaften

Im vergangenen Jahr wanderten netto rund 68'000 Staatsbürger aus dem EU/EFTA-Raum in die Schweiz ein. Dieser – auch im europäischen Vergleich – hohe Zuwanderungsstrom ist jedoch nicht untypisch für kleine, offene und erfolgreiche Volkswirtschaften wie es die Schweiz ist. So nimmt die Zuwanderung auch in vergleichbaren europäischen Volkswirtschaften, wie jener Österreichs, der Niederlande, oder Norwegens, einen hohen Stellenwert ein.

Dabei sind die Zugewanderten aus EU/EFTA-Ländern nicht nur überdurchschnittlich gut qualifiziert, sie erzielen auch überdurchschnittlich hohe Einkommen und stützen mit ihrem Konsum die Binnenwirtschaft. Zudem führte die erhöhte Konkurrenz im Arbeitsmarkt als Folge der Zuwanderung in den letzten Jahren dazu, dass sich Schweizerinnen und Schweizer zunehmend höher qualifiziert haben. Auch als Folge davon fehlt es dem Arbeitsmarkt nicht nur an hochqualifiziertem Personal, sondern auch an Arbeitskräften mit eher niedrigem Qualifikationsprofil. Diesem Engpass wird in Branchen wie dem Gastgewerbe, dem Baugewerbe oder der Industrie ebenfalls mit Personal aus dem EU/EFTA-Raum begegnet. Die arbeitsmarktbezogene Zuwanderung ist für diese Branchen unerlässlich, denn für sie steht der Zugriff auf Drittstaatsangehörige infolge der hohen Zulassungskriterien nur bedingt offen.

Die Analyse des Staatssekretariats für Wirtschaft zeigt auch, dass die Schweiz selbst Zuwanderer aus Drittstaaten, die nicht mit der Absicht einer Erwerbstätigkeit einreisen, im Quervergleich mit anderen Ländern gut für den Arbeitsmarkt mobilisieren kann. Deren Erwerbsquote liegt höher als in Vergleichsländern wie Österreich, den Niederlanden oder Belgien. Diese Erkenntnis ist wichtig, insbesondere, weil dieses Potenzial zukünftig an Bedeutung gewinnen dürfte. Bereits heute gibt es Anstrengungen, etwa in Form von durch den Bund koordinierte Pilotprojekte oder die Integrationsvorlehre, um hier ansässige Flüchtlinge möglichst rasch und nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie können damit nicht nur helfen den Arbeitskräftemangel abzuschwächen, sondern kommen mittelfristig auch von der Abhängigkeit der Sozialhilfe weg.

Rückläufige Zahl migrationsbereiter Personen im EU/EFTA-Raum

Praktisch alle westlichen Länder kämpfen mit der demografischen Entwicklung und somit einem Engpass an Arbeitskräften. Es überrascht deshalb nicht, dass das Potenzial an Personen im EU/EFTA-Raum, die eine arbeitsmarktbezogene Migration anstreben, abnimmt. Auch die Schweiz dürfte dies zu spüren bekommen. Als kleines Land im Herzen von Europa kann die Schweiz im Wettbewerb um Arbeitskräfte jedoch auch weiterhin auf willkommene Trümpfe zählen. So dürften insbesondere das hohe Lohnniveau und die gute Lebensqualität matchentscheidende Gründe für Zuwandernde sein, sich hierzulande zur Aufnahme einer Arbeit niederzulassen.

EU/EFTA-Zuwanderung stützt Sozialwerke nachhaltig

Zugewanderte aus dem EU-EFTA-Raum tragen anteilmässig mehr an Beiträgen zu den umlagefinanzierten Sozialwerken (AHV, IV und EO) bei, als sie an Leistungen daraus beziehen. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass diese Personen im Erwerbsalter und somit im Vergleich zur gesamten Bevölkerung tendenziell jünger sind. Aus diesem Grund und dank einer verhältnismässig hohen Erwerbsbeteiligung tragen sie überdurchschnittlich zur Finanzierung der Sozialwerke bei.

War bisher noch unklar, ob diese Sichtweise nicht nur kurz-, sondern auch längerfristig zutrifft, so fördert eine neue wissenschaftliche Studie¹ erfreuliche Erkenntnisse zu Tage. Die Autoren zeigen darin auf, dass die Bilanz von Zugewanderten trotz zukünftigen Rentenansprüchen positiv bleiben dürfte. Hauptgrund dafür ist die durch die Zuwanderung verjüngte Bevölkerungsstruktur. Selbst wenn sich diese Verjüngung bis 2070 abschwächen wird, trägt die fortlaufende Zuwanderung verhältnismässig mehr zu den Sozialversicherungen bei, als diese Personen an Leistungen beziehen werden.

Etwas weniger positiv sieht es mit Blick auf die Arbeitslosenversicherung aus. Dort sind die Zugewanderten im Durchschnitt Nettoabhängige. Wie bereits in den vergangenen Jahren ist dies hauptsächlich auf die überdurchschnittlich hohe Zahl an Personen in Berufen mit überdurchschnittlich hohen Erwerbslosenquoten zurückzuführen. So sind EU/EFTA-Bürger etwa überdurchschnittlich oft in saisonalen Arbeitsverhältnissen aktiv. Positiv ist, dass die Unterschiede in der Arbeitslosenquote zwischen Inländern und Zugewanderten über die Jahre weitestgehend stabil blieben. Beide Quoten befanden sich im Berichtsjahr auf historischem Tiefstand.

Der nächste Angriff auf die Personenfreizügigkeit steht bevor

Die Analyse des Staatsekretariats für Wirtschaft zeigt zum wiederholten Mal, dass die EU/EFTA-Zuwanderung ein absolut zentraler Pfeiler des Wohlstandes in diesem Land ist! So weit so gut: Mit fast schon gleicher Häufigkeit erfolgen die Angriffe auf die Personenfreizügigkeit und damit einhergehend die bilateralen Verträge mit der EU. Mit der Nachhaltigkeitsinitiative steht der nächste Angriff – diesmal namenstechnisch bis zur Unkenntlichkeit verfälscht – auf die PFZ an. Die Ausgangslage könnte klarer kaum sein: Beschneidet die Stimmbevölkerung mit ihrer Zustimmung den zukünftigen Zugang zu EU/EFTA-Arbeitskräften, so hätte dies einschneidende Konsequenzen nicht nur für die Unternehmen, sondern allen voran für jeden Einzelnen von uns. Der bis anhin als selbstverständlich gesehene Wohlstand dürfte dann nämlich bald nicht mehr «gottgegeben» sein.

WEITERE AUSKÜNFTTE

Prof. Dr. Roland A. Müller

Direktor

Tel. +41 79 220 52 29, roland.mueller@arbeitgeber.ch

Dr. Simon Wey

Chefökonom

Tel. +41 79 171 73 17, wey@arbeitgeber.ch

¹ Favre, Sandro; Föllmi, Reto; Zweimüller, Josef (2023). *Migration und Sozialversicherungen. Eine Betrachtung der 1. Säule und der Familienzulagen*. Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Forschungsbericht Nr. 6/23. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV